



The
Pioneer

Die The Pioneer App

Jetzt herunterladen

LADEN

Pflegenotstand in Deutschland

„Wir drohen am verordneten Goldstandard zu scheitern“

Bis zu 300.000 Pflegekräfte könnten bis 2034 fehlen. Thomas Knieling vom Verband der Deutschen Alten- und Behindertenhilfe redet Klartext: Es brauche einen Systemwechsel, sonst würde uns die Not dazu zwingen. Auch die Politik müsse ehrlich werden.



Magdalena Thiele



4 min. Heute



© dpa

Die Pflege in Deutschland steht unter massivem Druck: Personalmangel, explodierende Kosten und eine alternde Gesellschaft bringen das System an seine Grenzen. Die von Gesundheitsministerin **Nina Warken** (CDU) eingesetzte Bund-Länder-Kommission hat Ende vergangenen Jahres Reformvorschläge vorgelegt – selbst der Kanzler nannte sie unzureichend.

Im Interview mit *The Pioneer* erklärt **Thomas Knieling**, Chef des Verbands der Deutschen Alten- und Behindertenhilfe (VDAB), warum es nicht nur an Pflegekräften mangelt, weshalb Überregulierung das System lähmt und warum ohne einen echten Systemwechsel bald gar keine Versorgung mehr garantiert ist.

Herr Knieling, wie dramatisch ist die Lage in der Pflege und welche Verantwortung trägt Gesundheitsministerin Nina Warken?

Thomas Knieling: Wir befinden uns spätestens seit der Corona-Zeit im Daueralarmzustand. Es gibt zwei zentrale Baustellen: Erstens, wie wir die Versorgung überhaupt aufrechterhalten. Und zweitens, wie das alles noch finanzierbar bleibt – für Pflegebedürftige und für die Gesellschaft insgesamt.

Historisch betrachtet ist Frau Warken sicher nicht schuld an dieser Situation. Aber: Bis heute fehlen tragfähige Antworten, auch im sogenannten Zukunftspakt Pflege.



Thomas Knieling, VDAB © VDAB

Ein zentraler Fehler war, die Praxis nicht von Beginn an einzubeziehen. Jetzt äußern wir uns zu Ergebnissen, die bereits auf dem Tisch liegen. Dabei ist gerade die praktische Expertise entscheidend – insbesondere, wenn es um die Bezahlbarkeit geht.

Wir, die Pflegebranche, erwarten eine klare politische Strategie, wie die professionelle Versorgung weiterhin flächendeckend gesichert bleibt.

Was sind aus Ihrer Sicht die größten Baustellen?

Unser mit Abstand größtes Problem ist und bleibt der Personalmangel. Nach Zahlen des Statistischen Bundesamts fehlen uns bis 2034, optimistisch gerechnet, mindestens 100.000 Pflegekräfte – worst case bis zu 300.000. Ein Mangel ist also sicher.

Wenn die Babyboomer-Generation pflegebedürftig wird, könnten sich diese Zahlen bis 2049 noch einmal verdreifachen.



Diese Demografie ist nicht wegzudiskutieren.

Wie lässt sich dieser Personalmangel auffangen?

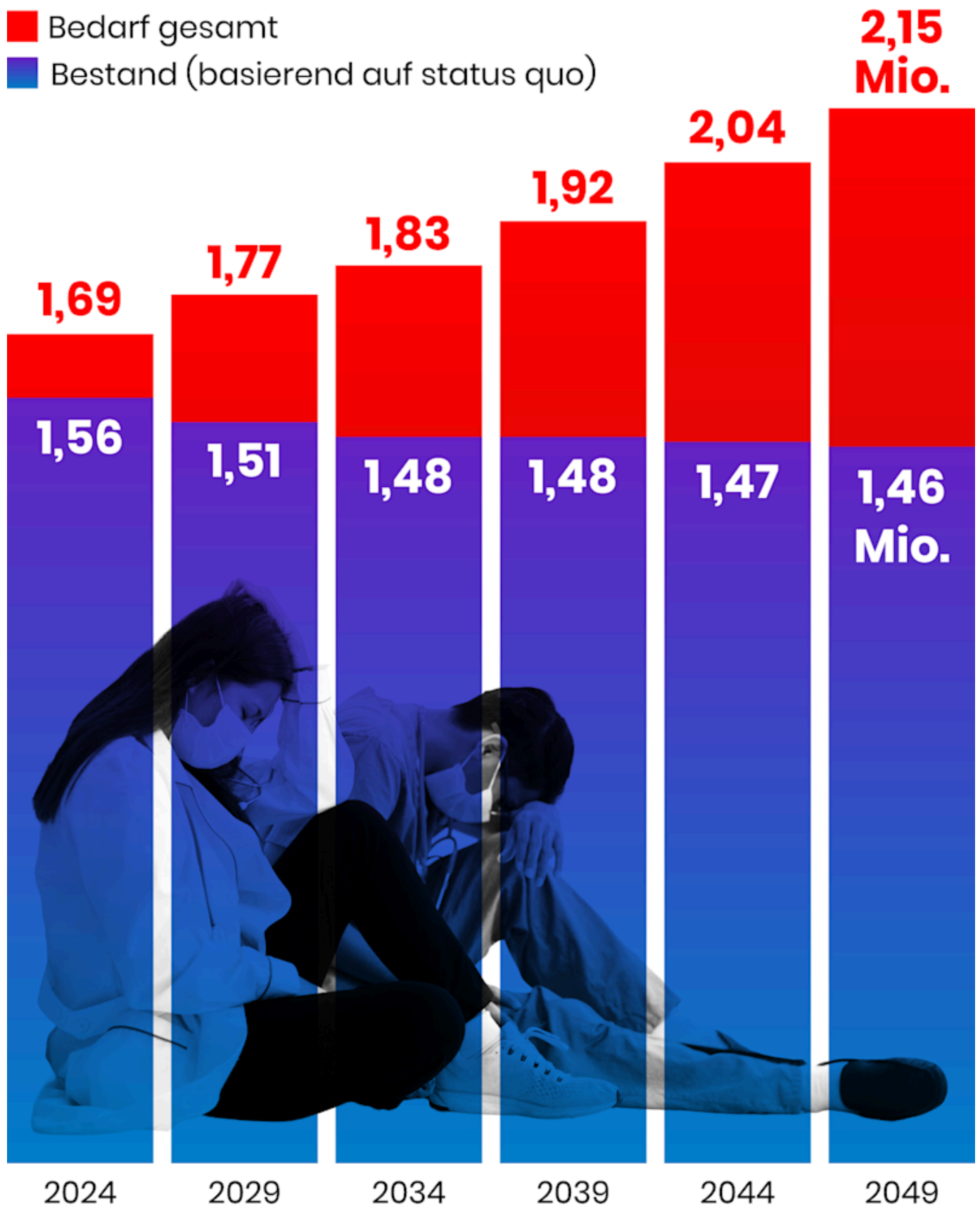
Es ist schlicht unrealistisch, in dieser Größenordnung zusätzliches Personal zu gewinnen. Deshalb muss der Zukunftspakt Pflege den Fokus viel stärker auf Prävention legen. Konkret heißt das: Wohnraumanpassungen, Nachbarschaftshilfe, niedrigschwellige Unterstützungsangebote. Alles, was Menschen befähigt, möglichst lange selbstbestimmt zu Hause zu leben.

Pflege: Die klaffende Lücke

Bedarf und Bestand an Pflegefachkräften bis 2049 (Prognose), in Millionen

■ Bedarf gesamt

■ Bestand (basierend auf status quo)



Die zweite Stellschraube sind die Schwellenwerte der Pflegebedürftigkeit. Hier war man in den vergangenen Jahren zu großzügig. Heute werden im Pflegegrad 1 Leistungen finanziert – etwa Putzhilfen –, die primär allgemeine Lebensführung betreffen und nicht Pflege oder Prävention im engeren Sinne sind.

Aber auch beides zusammen wird uns nicht retten.

Was braucht es stattdessen?

Wenn wir das System stabilisieren wollen, müssen wir die gesamte Leistungsstruktur umbauen. Die Pflege ist derzeit hochgradig ineffizient.

Der Markt ist extrem durchreguliert. In einer Situation, in der wir ohnehin nur noch den Mangel verwalten, können wir uns diese Unflexibilität aber nicht mehr leisten.

Es ist bis ins Detail festgelegt, welche Leistungen ich anbieten darf, zu welchem Preis und mit welchem Personal. Pflege ist damit faktisch immer eine All-inclusive-Leistung.

 **Das ist teuer, aufwendig und oft nicht bedarfsgerecht.**

Wenn wir so weitermachen, landen wir zwangsläufig in einer Situation, in der zwar jeder einen Anspruch auf Pflege hat, aber schlicht keine Kapazitäten mehr vorhanden sind.

Sie plädieren also für mehr Flexibilität – auf Kosten der Qualität?

Nein. Es geht ausdrücklich nicht um Qualitätsabbau oder „Blackbox-Pflege“. Aber wir brauchen flexible Angebote mit lizenzierten Leistungen der Pflegeversicherung ohne Regulierung, in welchem Setting die Leistungen angeboten werden.



Gesundheitsministerin Nina Warlen, 30.01.2026 © dpa

Nehmen Sie die festen Einzelzimmerquoten in manchen Bundesländern. Sie treiben die Bau- und Betriebskosten massiv nach oben. Warum sollte es Menschen nicht möglich sein, sich bewusst für ein günstigeres Zweibettzimmer zu entscheiden?

Unternehmen müssen die Möglichkeit haben, solche flexiblen Angebote vorzuhalten, denn sie investieren und tragen das Risiko.

Wenn der Staat weiter alles durchreguliert, werden wir am verordneten Goldstandard scheitern, weil uns sowohl die Hände als auch das Geld ausgehen werden.

Kritiker würden sagen: Sie fordern eine Art Pflege-Discounter.

Ganz im Gegenteil. Ich spreche von Angebotsvielfalt und Wahlfreiheit für Pflegebedürftige. Der eine entscheidet sich lieber für ein bezahlbares Zweibettzimmer, als im Alter auf Sozialhilfe angewiesen zu sein. Pflegebedürftige möchten vielleicht auch über ein persönliches Budget frei entscheiden können, was sie sich am „Pflegemarkt“ einkaufen.

Der Staat muss wegkommen von dieser Überregulierung, die aus einem politischen Exkulpationsgedanken heraus entstanden ist – und aus der Vorstellung eines allversorgenden Staates.

Geht es also nicht nur um Finanzierung, sondern um einen echten Systemwechsel?

Ganz genau. Die Not wird uns dazu zwingen. Die Politik ist hier nicht ehrlich genug.

Die jahrelange Modellprojekteritis hat uns keinen Schritt weitergebracht. Gute Ansätze existieren, aber sie kommen nicht in die Fläche. Ohne klare politische Zielrichtung bleibt alles Stückwerk.

Aber besteht bei mehr Liberalisierung nicht die Gefahr schlechter Pflege?

Diese Gefahr besteht leider heute schon. Es kann immer Träger geben, die das System ausnutzen.

Aber aus Angst davor dürfen wir nicht ein System aufrechterhalten, in dem am Ende für viele Menschen überhaupt kein Angebot mehr existiert. Regulierung allein verhindert keine kriminelle Energie. Das ist eine Mär, die der Gesetzgeber gern erzählt. Wir brauchen eine neue Vertrauenskultur gegenüber Pflegeunternehmen.

Blicken wir auf die Finanzierung: Was kommt auf die Jüngeren zu?

Wir werden nicht darum herumkommen, offen zu sagen: Ihr müsst privat vorsorgen. Der Eigenanteil wird weiter steigen und trifft auf überschaubare Renten. Angesichts weiter steigender Pflegekosten ist es unrealistisch, Beitragssatzstabilität zu versprechen.

[↓ Ergebnisse Bund-Länder-AG Pflege](#)

Vor dieser Entscheidung steht Frau Warken: Bleiben wir bei einer rein kollektiven Finanzierung oder ergänzen wir sie um mehr Eigenverantwortung, weil die Lohnnebenkosten sonst zu stark steigen?

Also ist am Ende doch Nina Warken verantwortlich?

Meine Kritik an Frau Warken ist eine andere: Sie hat die Bund-Länder-Kommission ohne klare Zielvorgabe eingesetzt. Wo wollen wir hin? Soll Pflege vor allem bezahlbar für die Pflegebedürftigen sein? Oder brauchen wir eine generationengerechte Lösung, die nicht nur auf immer höhere Lohnnebenkosten hinausläuft?

Diese politische Zielsetzung hätte sie formulieren müssen. Ohne sie bleibt die Arbeit der Kommission ein Sammelsurium von Einzelmaßnahmen, das am Ende vor allem eines produziert: Hoffnung. Und die reicht nicht mehr aus.

Autoren

Magdalena Thiele

Artikel verschenken

Sie können in diesem Monat noch
5 Beiträge verschenken.

Verschenken

Empfehlen Sie uns weiter

Sie können diesen Beitrag mit einem Klick auf die entsprechende Schaltfläche teilen.

